

«Die Benachteiligung der höheren Berufsbildung ist eklatant»

Von [Bernhard Kislig](#). Aktualisiert am 27.01.2014 [3 Kommentare](#)

Laut Hans-Ulrich Bigler, dem Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV), zahlt ein Student an der Uni für seine Ausbildung rund 8000 bis 9000 Franken, ein Schreinermeister hingegen fast 50'000 Franken. Nun fordert Bigler mehr Geld.



«Es sind nicht die KMU, die überrassene Saläre auszahlen.» Gewerbeverbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler setzt auf die höhere Glaubwürdigkeit der KMU und will damit bei künftigen Abstimmungen einen grösseren Einfluss ausüben als bisher.

Bild: Keystone

Artikel zum Thema

[Erbschaftsinitiative soll für ungültig erklärt werden](#)

[Die SNB ist ein «eigenkapitalloses Ungetüm»](#)

Bildungspolitik ist ein Kernthema des Gewerbeverbands. Sie kritisieren, dass die Berufsbildung zu kurz komme. Was stört Sie konkret?

Hans-Ulrich Bigler: Viele unterschätzen die

Hans-Ulrich Bigler im Gespräch

Die diesjährige Winterkonferenz des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV) in Klosters ist schon fast zu Ende. Die Referate sind abgeschlossen, und Hotelmitarbeiter beginnen Stühle und Tische wegzuräumen. Es ist fast 13 Uhr, als SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler Zeit für das Interview findet. Etwas essen will er noch nicht – die Arbeit geht vor.

Bigler wirkt entspannt und spricht in freundschaftlichem Ton. Geht es um Kernthemen wie Bildungspolitik, so holt er bei seinen Antworten aus. Durch rhetorische Provokationen wie etwa die Feststellung, der Abstimmungserfolg bei der 1:12-Initiative sei eine Selbstverständlichkeit gewesen, lässt er sich nicht aus der Reserve locken.

Dass in Verhandlungen mit Bigler auch mal die Fetzen fliegen können, ist bekannt und wird von ihm nicht bestritten. So soll der Gewerkschafter Paul Rechsteiner vor Weihnachten eine Runde zum Thema Ausbau der flankierenden Massnahmen mit knallender Tür verlassen haben.

Einmal schimmert Biglers Autorität durch, die er mit seiner Führungserfahrung in Verbänden und als Generalstabsobers erworben hat: Als es lärmig wird, fordert er die Hotelmitarbeiter freundlich, aber bestimmt auf, mit dem Aufräumen zu warten. Umgehend kehrt Ruhe ein.

Stichworte

[Economiesuisse](#) 

[Schweizerischer Gewerbeverband](#) 

kein Geld mit diesen Kursen. Er will nur das Bildungsangebot für die Kader seiner Mitglieder sicherstellen. Die Diskussion um das Geld lenkt vom tatsächlichen Problem ab: Wir haben einen Fachkräftemangel. Die hohen Kosten für die höhere Berufsbildung verschärfen dieses Problem.

Möglichkeiten einer höheren Berufsbildung. Deshalb wurde sie bei den Bildungsinvestitionen in den vergangenen Jahren stiefmütterlich behandelt – der universitäre Bereich erhielt fast alle finanziellen Mittel. Wir verlangen, dass jene, die eine höhere Berufsbildung absolvieren, gegenüber Studentinnen und Studenten an der Uni nicht benachteiligt werden.

Viele Interessengruppen verlangen mehr Geld. Sie können nicht erwarten, dass der Bund überall gleich hohe Beiträge bewilligt.

Unsere Forderung ist nicht einfach aus der Luft gegriffen, sondern gründet auf der Bundesverfassung. Sie hält fest, dass berufliche und universitäre Ausbildung gleichwertig sind. Wir verlangen also nichts anderes als die konkrete Umsetzung eines Verfassungsauftrags. Die Benachteiligung ist heute eklatant: Ein Student an der Uni zahlt für seine Ausbildung rund 8000 bis 9000 Franken. Ein Schreinermeister zahlt für seine Ausbildung mitsamt der Prüfung hingegen fast 50'000 Franken. Das ist eine Ungerechtigkeit.

Jene, die eine höhere Berufsbildung verkaufen, sind selbst Mitglied des Gewerbeverbands. Das ist ein Interessenkonflikt, der Ihre Forderung nach mehr Geld relativiert.

Nein. Denn wir sagen klar und deutlich: Das Geld soll nicht in die Verbandskassen fliessen. Es soll vielmehr direkt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zugutekommen und die Kosten für die Vorkurse reduzieren. Der Verband verdient

Es ist gut und recht, mehr Mittel zu fordern. Aber viele Betriebe haben ja gar keine Freude daran, wenn der Lehrling eine Berufsmaturität absolviert. Denn so fehlt er einen zusätzlichen Tag pro Woche im Betrieb.

Das trifft tatsächlich für einige Betriebe zu. Dabei stellt sich das Problem, dass Fachkräftepotenzial, wenn nicht verschenkt, so doch verhindert wird. Viele Betriebe sagen: «Mach lieber die Berufsmatur 2.» Dabei absolviert der Lehrling die Berufsmatur, indem er nach der Lehre ein Jahr lang die Schule besucht. Das halte ich auch für problematisch. Denn viele holen dieses Schuljahr nicht mehr nach. Deshalb ist Ihre Kritik berechtigt. Hier braucht es bei den Firmen mehr Sensibilität. Es gibt aber auch kleinere Betriebe, die tatsächlich ein Problem haben, wenn ein Lehrling häufig abwesend ist.

Sie verlangen mehr Geld. Konkret geht es um zusätzliche 400 Millionen Franken für die höhere Berufsbildung. Werden Sie das Geld erhalten?

Ich bin zuversichtlich. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation hat unter der neuen Leitung eine entsprechende Projektgruppe eingesetzt, die gemeinsam mit Kantonen und Sozialpartnern zielorientiert arbeitet. Im Gegensatz zu früheren Jahren spüre ich jetzt den Willen der beteiligten Parteien, zu einem Resultat zu kommen und einen Betrag in der nächsten Botschaft für die Jahre 2017 bis 2020 einzuplanen. Auch bei Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann ist die Bereitschaft da, das Problem anzupacken.

Letztlich entscheidet aber das Parlament.

Bei den Politikern ist das Bewusstsein für die Probleme der höheren Berufsbildung in den vergangenen Jahren gewachsen. Wir haben ausnahmslos von allen Parteien positive Signale erhalten. Gewiss wird es noch Diskussionen geben, wenn der Vorschlag einmal vorliegt. Aber wenn die Verbundpartnerschaft mit Kantonen und Sozialpartnern Vorschläge unterbreitet, so sind diese praxisnah. Darauf kann die Politik abstellen. Das stimmt mich zuversichtlich.

Das Parlament ist stets grosszügig bei Bildungsausgaben, weil das hohe Bildungsniveau im internationalen Wettbewerb einer der Trümpfe der Schweizer Wirtschaft ist.

Die höhere Berufsbildung soll nicht nur mehr Geld erhalten. Es geht auch um ihren Stellenwert und um Titel. Es ist wichtig, dass wir unsere Abschlüsse so bezeichnen, dass sie auch im Ausland verstanden und richtig eingeordnet werden können. Wir dürfen die höhere Berufsbildung nicht unter ihrem Wert verkaufen.

Es heisst, dass bei solchen Verhandlungen mit Ihnen auch mal die Fetzen fliegen.

Ja, das stört mich tatsächlich nicht. Ich will in der Diskussion die bestmögliche Lösung

finden. Dazu müssen alle beitragen, auch wenn sie verschiedene Positionen vertreten. Das funktioniert nur mit einer kontradiktorischen Diskussionskultur. Das Schlimmste ist für mich ein reines Kopfnickergremium.

Sie tragen lieber Konflikte aus, anstatt rasch einen Kompromiss zu erzielen?

Ja, weil daraus meist bessere Lösungen resultieren. Denn Konflikte zwingen einen dazu, sich fundiert mit einer Sache und anderen Meinungen auseinanderzusetzen.

Können Sie auch laut werden?

(ein wenig lauter) Nein, es geht nicht um die Lautstärke. Im Vordergrund steht vielmehr, die eigenen Interessen hartnäckig zu vertreten. Wohlverstanden: Mir geht es immer um die Sache und nicht um die Person. Entscheidend ist, dass ein Gesprächspartner seine Position argumentativ untermauern kann. So wird eine Position nachvollziehbar und eine Person glaubwürdig. Letztlich gibt die Glaubwürdigkeit den Ausschlag.

Sie scheuen sich auch nicht, mit Leuten aus dem gleichen Lager auf Konfrontationskurs zu gehen. So haben Sie sich mit Ihrem Vorgänger Pierre Triponez angelegt, als dieser noch Gewerbeverbandsdirektor war.

Es ging damals um die Frage, ob die Mutterschaftsversicherung eingeführt werden soll. Ich war noch Direktor bei Viscom, dem Verband der Druckindustrie. Und da hatte ich den Auftrag, die Gegenposition zu vertreten.

Fliegen auch zwischen Ihnen und dem Gewerbeverbandspräsidenten Jean-François Rime mal die Fetzen?

Natürlich werden Meinungsunterschiede diskutiert. Aber wir sind beide liberal und haben deshalb – mehr oder weniger – das gleiche politische Verständnis.

Die 1:12-Initiative war eine Erfolgsgeschichte für den Schweizerischen Gewerbeverband, der die Abstimmungskampagne geleitet hat. Was war Ihr Rezept?

Das war für uns tatsächlich eine Erfolgsgeschichte. Wir setzten bewusst auf die Glaubwürdigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Diese transportierten die Verbandsbotschaft auf überzeugende Weise bei Mitarbeitern, Lieferanten oder im persönlichen Freundeskreis. Das gelingt besser, wenn der Absender der Botschaft und seine betriebliche Situation bekannt ist.

Ist der Gewerbeverband glaubwürdiger als der Wirtschaftsdachverband *Economiesuisse*, der eher die grossen Unternehmen vertritt?

Ich will nicht den einen Verband gegen den andern ausspielen. Auch Grossfirmen haben bei ihren Mitarbeitenden sehr wichtige Überzeugungsarbeit geleistet. Der SGV konnte aber

vermutlich ein breiteres gesellschaftliches Umfeld erreichen. Denn unsere Firmenvertreter sind dort sehr gut verankert. Denn sie sind es, die sich in Vereinen engagieren, Dorffeste organisieren, in der Feuerwehr helfen und sich sowohl sozial wie auch lokalpolitisch engagieren. Ein CEO, der im internationalen Markt seinen Verpflichtungen nachkommen muss, hat nie diese Nähe. Ich will das aber nicht werten.

Sie formulieren es vorsichtig, aber das Fazit ist klar: Der Gewerbeverband ist glaubwürdiger. Und wenn wir ehrlich sind: Economiesuisse hat doch spätestens seit der Schlappe bei der Abzockerinitiative Vertrauen eingebüsst?

Es sind nicht die KMU, die überrissene Managersaläre auszahlen. Doch gab es in der Tat einige inakzeptable Lohnexzesse. Trotzdem brauchen wir die Grossen. Auch die KMU brauchen sie. Dies einerseits als Treiber des Wirtschaftswachstums und andererseits als Abnehmer der Produkte von Zulieferfirmen.

Sie haben die hohen Löhne angesprochen. Wo liegt die Schmerzgrenze?

Das kommt auf die individuelle Situation an. Eine absolute Zahl macht hier keinen Sinn. Wichtiger ist, Sensibilität zu schaffen, dass die breite Bevölkerung Exzesse nicht mehr goutiert. Hier müssen gewisse Firmen mehr Verantwortung übernehmen und bescheidener werden.

Wird der Gewerbeverband nun bei Volksinitiativen und Referenden vermehrt in Erscheinung treten?

Vergangenes Jahr haben wir unsere Strategie ausgeweitet. Wir verstehen uns als Wirtschaftsdachverband von Werk-, Denk- und Finanzplatz und wollen die Referendums- und Initiativfähigkeit weiter ausbauen. Wir sind mit 250 Mitgliedsorganisationen und gegen 300'000 KMU der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft. Dabei geht es um zwei Drittel aller Arbeitsplätze in der Schweiz, die von KMU angeboten werden. Gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband engagieren wir uns nun stark gegen die Mindestlohninitiative. Auch bei der Pauschalsteuer werden wir die Abstimmungskampagne leiten. Dabei wollen wir vermehrt die Interessen der KMU-Wirtschaft durchsetzen. Auch die Kommunikation haben wir verstärkt.

Inwiefern haben Sie die Kommunikation ausgebaut?

Um unsere öffentliche Präsenz zu erhöhen, haben wir die verbandseigene «Schweizerische Gewerbezeitung» überarbeitet und die Auflage von 20'000 auf 150'000 Exemplare erhöht. Sie ist ein zentrales und unverzichtbares Element in unserer Kommunikation. Auch personell haben wir die Kommunikation ausgebaut. Seit einigen Monaten sind wir stärker in Internet und auf Social Media präsent. Die inhaltliche, fundierte Aufarbeitung der Dossiers ist wichtig, die Kommunikation der Inhalte ist jedoch matchentscheidend.

Für Abstimmungskampagnen benötigen Sie Geld. Economiesuisse ist nach wie vor mit mehr finanziellen Möglichkeiten ausgestattet als der Gewerbeverband.

Das ist grundsätzlich richtig. Aber Zahlen nenne ich keine.

Wie gross war das Budget bei der 1:12-Initiative?
Wie gesagt, Zahlen nenne ich keine.

Gar keine?

Nein. Es gibt aber bei jeder Abstimmung Kreise, die bereit sind, Geld beizusteuern.

Warum nennen Sie keine Zahlen?

Das lenkt von den Inhalten ab. Daraus entsteht ein Platzhalterkrieg um nicht zielführende Zahlen. Wir wollen lieber über die Interessen der KMU und über einen starken Wirtschaftsplatz diskutieren.

(Berner Zeitung)

Erstellt: 27.01.2014, 13:09 Uhr

60	1	0	3
Like	Tweet		

Kommentar schreiben

Verbleibende Anzahl Zeichen: 400